2018\_11\_23\_Pressemitteilung des Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft (SWAB)

23.11.2018 Pressemitteilung des „Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft (SWAB)“

Zum Besuch von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier schrieb dessen Sprecherin Babs Günther folgende Pressemitteilung an die Schweinfurter Redaktion der Mainpost (mit CC an weitere Stellen der Mainpost) mit der Bitte um Veröffentlichung

**Betreff: Wirtschaftsminister Altmaier /Stromtrassen/eine belastete Region/Endlagersuche durch Wirtschaftsministerium verzögert**

**Wirtschaftsminister Peter Altmaier** erwähnte beim Diskussionsabend zum Thema Stromtrassen in der Kulturhalle Grafenrheinfeld seinen Besuch im AKW. Er habe der Belegschaft gedankt, dass dort jahrzehntelang zuverlässig gearbeitet wurde und es zu keinem größeren Störfall gekommen sei. Dies wurde mit warmen Applaus quittiert. Doch - ist es nicht eine Selbstverständlichkeit, eine Erwartung und Anforderung, die an alle Belegschaften, Beschäftigten in sämtlichen Arbeitsbereichen gestellt wird - zuverlässig zu arbeiten? Vielleicht beruht das „Sonderlob“ auf der **Erkenntnis**, dass **der Betrieb von Atomkraftwerken so gefährlich und riskant ist**, dass der Eintritt eines Störfalles mit verheerenden Auswirkungen jederzeit möglich ist - und eben auch durch kleine Unzulänglichkeiten oder Fehleinschätzungen aus dem Bereich der Belegschaft verursacht werden kann! **Wir haben Glück gehabt.**

Im Diskussionsverlauf wurde von Trassengegnern sowohl die Notwendigkeit der Stromtrassen bezweifelt, als auch herausgestellt, dass die hiesige Region - selbst wenn diese erforderlich sein sollten - schon zu stark belastet sei, und die Trassen deshalb nicht zumutbar seien.

**Eine besondere Belastung der hiesigen Region wurde allerdings nicht beim Namen genannt. Grafenrheinfeld ist Atomstandort!** Der AKW-Betreiber hat die Genehmigung zum Rückbau der stillgelegten Anlage erhalten; das heißt allerdings nicht, dass damit das Risiko durch radioaktive Belastung aufgehoben ist. Das Rückbauverfahren ist in vieler Hinsicht nicht transparent.

Bekannt ist jedoch, dass die radioaktiven Emissionen (Wasser, Luft, Boden) in gleicher Höhe fortgeschrieben werden können, wie während der Betriebszeit.

Das gesamte atomare Inventar des AKW ist weiterhin am Standort in Grafenrheinfeld.

Es gibt dort bereits ein Atommülllager für hochradioaktiven Atommüll (BELLA); ein weiteres Lager - für schwach- bist mittelradioaktiven Atommüll (BeHa) wird derzeit gebaut. Von diesem Atommülllager darf eine radioaktive Belastung ausgehen, die knapp dreimal so hoch ist, wie die aus dem Lager für hochradioaktiven Müll!

Die Lagerung in BELLA weist unter dem Aspekt von Sicherung und Sicherheit Mängel auf; dennoch hat es eine Betriebsgenehmigung bis 2046. Der Prozess der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Müll hat begonnen, doch eine Befüllung ist erst weit in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts realistisch.

Es ist davon auszugehen, dass der hochradioaktive Müll also weit länger als bis 2046 in Grafenrheinfeld verbleiben wird, obwohl man nicht vorhersagen kann, ob und unter welchen Bedingungen die Castoren einer längeren Lagerung standhalten würden.

Große Teil des radioaktiven Materials, das beim Rückbau anfällt, sollen „ freigemessen“ werden. Das bedeutet, Material, dass soweit dekontaminiert werden kann, dass die Strahlung unter einem gewissen Risikowert liegt (politischer Wert!) wird aus der atomrechtlichen Aufsicht entlassen, zur Deponierung freigegeben (Rothmühle!), oder dem Wertstoffkreislauf zugeführt, für Baumassnahmen eingesetzt usw.

Diese Materialien müssen nicht frei von Strahlung sein - eine Erhöhung der radioaktiven Belastung für Mensch und Umwelt ist vorhersehbar, obwohl bekannt ist, dass auch Belastungen aus dem Bereich der Niedrigstrahlung ein Gefährdungspotential darstellen.

Für die endgültige Lagerung des schwach- und mittelradioaktiven Atommülls, der zunächst im neu zu bauenden Lager BeHa eingelagert werden soll, ist „Schacht Konrad“ vorgesehen. Dessen erwartete Fertigstellung wurde schon häufig weiter in die Zukunft verlegt. Zur Zeit ist die Inbetriebnahme für 2027 geplant - bis dieses Endlager gefüllt sein wird, rechnet man mit einer Dauer von 40 Jahren. Fazit: auch der schwach- und mittelradioaktive Atommüll wird voraussichtlich jahrzehntelang in Grafenrheinfeld verbleiben.

**Unsere Region ist tatsächlich extrem belastet!**

**Unterdessen wurde bekannt, dass das Bundeswirtschaftsministerium unter Leitung von Minister Altmaier den Prozess der Endlagersuche verzögert.**

Für eine Gesetzesänderung durch das Wirtschaftsressort, die für die Endlagersuche nötig ist, kam ein Referentenentwurf mit großer Verspätung, und verfehlt auch noch die Anforderungen für die Standortsuche. Laut Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) sieht die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) das Ziel des Standortauswahlverfahrens als gescheitert an, sollten die Pläne so umgesetzt werden . Konkret geht es um die Forderung an das Wirtschaftsministerium, sein Geologie-Daten-Gesetz so zu ändern, dass die Daten trotz Rechten Dritter veröffentlicht werden können, damit die Bevölkerung transparent informiert werden kann, so wie es im Standort-Auswahl-Gesetz festgeschrieben ist.

  Ergänzend: die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Sachsen verweigern der BGE bisher die korrekten geologischen Daten, die die Endlagergesellschaft zur Standortauswahl benötigt und im Koalitionsvertrag der neuen Bayerischen Regierung aus CSU und Freien Wählern wurde die Überzeugung  festgelegt, dass Bayern für ein Atomendlager ungeeignet ist...

 An der Dringlichkeit für eine verantwortliche, wissenschaftlich fundierte Atommüll-„Endlager“-Suche kann nicht gezweifelt werden - viel zu lange wurde das brisante Problem, dass auch unsere Nachfolgegenerationen belasten wird, ignoriert bzw. vertagt!   Ob das Ziel, 2020 mit der übertägigen Erkundung wissenschaftlich ausgewählter Standorte beginnen zu können, noch eingehalten werden kann, ist fraglich.

Das Umweltministerium unter Altmaier muss endlich seine Aufgaben erfüllen, um seiner Verantwortung gerecht zu werden!

Das bisherige Agieren des Umweltministeriums bei der Endlagersuche ist unverständlich, bedauerlich und empörend!

Mit freundlichen Grüßen

Babs Günther

(für das Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft (SWAB), Sprecherin)